

Krakauer Zeitung.

Nr. 237.

Dinstag den 17. October

1865.

Die „Krakauer Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Vierteljähriger Abonnementen-

Preis für Krakau 3 fl., mit Verlängerung 4 fl., für einzelne Monate 1 fl., resp. 1 fl. 35 Mrk., einzelne Nummern 5 Mrk.

Redaction, Administration und Expedition: Grod-Gasse Nr. 107.

IX. Jahrgang.

Gebühr für Insertionen im Amtsblatte für die vierseitige Petition 5 Mrk., im Anzeigblatt für die erste Einrichtung 5 Mrk., für jede weitere 3 Mrk. — Stempelgebühr für jede Einschaltung 30 Mrk. — Interess-Bestellungen und Gelder übernimmt Carl Budweiser. — Auswendungen werden franco erbeten.

Amtlicher Theil.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 8. October d. J. dem Landesmedicinalrat für Böhmen Dr. Franz Skoda tarfrei den Titel und Charakter eines Statthalterrathes allergrädig zu verleihen geruht.

Se. f. f. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschließung vom 4. October d. J. geruht, den ersten Oberfinanzrat bei der Finanzlandeskuration in Prag hofrath Laurenz Fuchs zum Ministerialrat und Finanzlandeskurator im Königreiche Böhmen allergrädig zu ernennen.

Nichtamtlicher Theil.

Krakau, 17. October.

* Die „Gaz. nar.“ beklagt den Mangel jeder Wahlbewegung in Galizien. Eine solche Unfähigkeit in dem Augenblick, wo es sich um mehr als 20 Erstwahlen handelt und wobei die wichtigsten Interessen des Landes auf dem Spiele stehen, müsse „Gazeta“ als Beweis großer Apathie und der Erstarrung des politischen Lebens gelten. Nicht einmal die Hauptstadt Lemberg zeige eine der Situation entsprechende Haltung, da noch immer keine Vorbesprechungen für die Wahlen zu Stande gekommen seien und wenn die Wähler des Großgrundbesitzes es eben so machen, so sei es leicht möglich, meint die „Gazeta“, daß aus den jüngsten Wahlen wieder solche Männer hervorgehen werden, die im Schweigen mit den bürgerlichen Abgeordneten wetteifern müßten. Der „Gaz“ schreibt als Antwort brachte die „Moravská Drážice“ das Leiborgan der mährischen Nationalen, einen Artikel über die General-Landtags, in welchem sie sagt: „Sind wir Mähren in unseren heimischen Angelegenheiten auch Herren und Selbstbestimmer, so sind wir doch Bürger der böhmischen Staatsgruppe und Unterthanen jenes Herrn, auf dessen Haupt die St. Venetiuskrone glänzt.“ Ein Brünner Correspondent der Presse erinnert die mährisch-tschechischen Herren, daß schon in mittelalterlicher Zeit die Stände Mährens entschieden gegen die Zumuthung protestirten, ein Glied des Königreichs Böhmen und Vasallen dieses Landes zu sein. Was übrigens die Octoberfeier selbst betrifft, schreibt derselbe, so stellt sich dieselbe immer mehr als ein Spectakelstück dar, dessen Theilnehmer als commandirte Marionetten erscheinen. Nur auf Befehl der Leiter feiern die Vorschulzässen, Gesangs- und Turnvereine diesen Tag. Selbst die Städte mit slavischer Bevölkerung finden an dem Rummel keinen Gefallen und die slavischen Blätter finden nicht genug Worte, um die Passivität der Gemeindevertretungen von Kremsier, in der classischen Hanna gelegenen, und Prohnitz, Jerusalem und Hanna genannten, Täuschungen folgende Muthlosigkeit der Enttäuschung. Die politischen Fäiseurs, welche bei dem ruhigen Pulschlag eines geordneten Verfassungsebens ihre Rechnung nicht finden, sind von der Bühne verschwunden, Männer, befähigt und berufen, sich an die Spitze der Wahlbewegung zu stellen, schrecken zurück vor dem schon einmal erlebten Los, anstatt zu schieben, geschoßen zu werden und so würde es sich auf ganz natürliche Weise erklären, daß die Bevölkerung in einem Moment, der ihr die Möglichkeit zur Ausübung ihrer konstitutionellen Rechte bietet, ohne Leiter, ohne Führer dasteht. Wir glauben jedoch, daß die Mission der polnischen Presse nicht damit abgeschlossen sei, dieses immerhin außällige Factum zu constatiren und mit einigen frommen Stobsenfzern zur Notiz zu nehmen; die Aufgabe der polnischen Presse, wenn sie es ernst meint mit ihrer gewordenen Beruf, wäre es, die Nation aus ihrer Apathie zu wecken, ihr die Erfrißlichkeit hinzu Gebender Theilnahme an dem politischen Leben darzuhun und nachzuweisen, daß Heil und Wohlfahrt am Ende der neu eröffneten konstitutionellen Laufbahn liegen, daß sie den bestehenden Verhältnissen Nachnung tragend, ihr klar darlege, wie nötig und angezeigt es sei, praktische Resultate, das wirklich Erreichbare anzustreben, und auf dem durch das kaiserliche Manifest neugeschaffenen Boden festen Fuß zu fassen. Wird die polnische Presse diese ruhige Sprache führen, dann wird sie, wir zweifeln nicht daran, williges Gehör und Anhänger finden; so lange sie selbst jedoch mit den Ausschauungen der Vergangenheit zu brechen nicht vermögt und die zur Entwicklung der nationalen Selbständigkeit gegebenen Bedingungen als unzureichend ansieht, die von der Gnade des Monarchen gewährten Freiheiten nur als ungenügende Abschlagszahlung auf vermeintliche Forderungen betrachtet, darf sie sich nicht darüber wundern, wenn der Werth des bereits Erlangten unbegriffen bleibt und die für die Nation zu erreichen den Vortheile unbenuzt ihren Händen entschlüpfen. Die polnische Presse zeige klar die freie nun eröffnete

Bahn und nicht die Schneckenwindungen eines politischen Irrgartens und sie wird Leute genug finden, welche, befreit von der Furcht zu irren und irre zu gehen, ihr folgen. Nebrigens ist, wie die heute vorliegenden Nachrichten melden, die Wahlbewegung hier und in Lemberg in vollem Zug. Die Klagen der „Gaz. nar.“ und des „Gaz“ über politische Apathie waren daher verfrüht, wenn es gestattet ist, Klagen, welche mit den Anzeichen der sich vorbereitenden Wahlbewegung beinahe zusammenfallen, so zu benennen. Was damit bezweckt werden wollte, entzieht sich vor der Hand der Beurtheilung und Erörterung.

Das „Gaz“ äußert sich über die angebliche Fusion der Polen und Ruthenen in einer mit uns übereinstimmenden Weise; auch er weiß nichts von einer solchen Zusammenkunft.

Nachdem die „Prager B.“ vom 12. d. die Mähnung ausgesprochen hatte, die Feier des 20. October auf eine passendere Zeit zu vertagen, war man auf die diesjährige Haltung der „Brüner B.“ einigermassen gespannt. Das officielle Blatt hat mit einem Artikel dieser Erwartung entsprochen, indem es als Beweis großer Apathie und der Erstarrung des politischen Lebens gelten. Nicht einmal die Hauptstadt Lemberg zeige eine der Situation entsprechende Haltung, da noch immer keine Vorbesprechungen für die Wahlen zu Stande gekommen seien und wenn die Wähler des Großgrundbesitzes es eben so machen, so sei es leicht möglich, meint die „Gazeta“, daß aus den jüngsten Wahlen wieder solche Männer hervorgehen werden, die im Schweigen mit den bürgerlichen Abgeordneten wetteifern müßten. Der „Gaz“ schreibt als Antwort brachte die „Moravská Drážice“ das Leiborgan der mährischen Nationalen, einen Artikel über die General-Landtags, in welchem sie sagt: „Sind wir Mähren in unseren heimischen Angelegenheiten auch Herren und Selbstbestimmer, so sind wir doch Bürger der böhmischen Staatsgruppe und Unterthanen jenes Herrn, auf dessen Haupt die St. Venetiuskrone glänzt.“ Ein Brünner Correspondent der Presse erinnert die mährisch-tschechischen Herren, daß schon in mittelalterlicher Zeit die Stände Mährens entschieden gegen die Zumuthung protestirten, ein Glied des Königreichs Böhmen und Vasallen dieses Landes zu sein. Was übrigens die Octoberfeier selbst betrifft, schreibt derselbe, so stellt sich dieselbe immer mehr als ein Spectakelstück dar, dessen Theilnehmer als commandirte Marionetten erscheinen. Nur auf Befehl der Leiter feiern die Vorschulzässen, Gesangs- und Turnvereine diesen Tag. Selbst die Städte mit slavischer Bevölkerung finden an dem Rummel keinen Gefallen und die slavischen Blätter finden nicht genug Worte, um die Passivität der Gemeindevertretungen von Kremsier, in der classischen Hanna gelegenen, und Prohnitz, Jerusalem und Hanna genannten, Täuschungen folgende Muthlosigkeit der Enttäuschung. Die politischen Fäiseurs, welche bei dem ruhigen Pulschlag eines geordneten Verfassungsebens ihre Rechnung nicht finden, sind von der Bühne verschwunden, Männer,

dieselbe mit ihrem Wissen und ihren Erfahrungen unterstiftigt. Der Staatsrat soll und wird dennoch einer Neorganisation entgegengeführt werden und es versteht sich wohl von selbst, einerseits daß man, bis die selbe erfolgt ist, seine Thätigkeit wenig oder gar nicht in Anspruch nimmt, andererseits aber, daß man nicht vorher seine Mitglieder aus ihren Stellungen entfernt.

Der Handelsminister Baron Wüllerstorff hat den Auftrag ertheilt, ein Circularschreiben an die Mitglieder der öster.-englischen Enquête-Commission auszufertigen, worin denselben angezeigt wird, daß in Folge einer Weisung des Ministeriums des Außenherrn von der Rekonstituierung der Commission abgegangen werde. Zugleich soll den Mitgliedern der Dank für ihre bisherige Thätigkeit ausgedrochen werden. Die Commission bestand zuletzt aus folgenden Mitgliedern:

Englischerseits: Mr. Dutt, Mr. Beaumont Sommerville, Mr. Morrier und Mr. Mallet; österreichischerseits: Fürst Jablonowski, Graf Eugen Kinsky, Graf Barnaczky, Graf Dessewffy (der aber kein einzigesmal erschien), Dr. S. Winterstein, Dr. H. E. Esther und Prof. Lorenz Stein.

Die neue Creditoperation ist, wie ein Wiener Corr. der „Bohemia“ schreibt, so weit gediehen, daß sie demnächst unter für die Regierung überraschend günstigen Modalitäten zur Bankier-Subscription wird ausgelegt werden können. Über die Modalitäten verlaufen: Die Anleihe wird in zwei Emissionen, jede zu sechzig Millionen, begeben werden. Für die erste Emmission haben sich die sämtlichen Bankhäuser Rothschild (in Wien, Frankfurt, Paris und London) mit dem englischen Bankhaus Baring Brothers zu einem Consortium vereinigt, um dasselbe Commissionsweise in großen Posten zu begeben. Die hiesfür zu gewährende Provision dürfte allerdings die bedeutende Höhe von $1 \frac{1}{2}$ Prozent erreichen, wo nicht übersteigen. Das Pariser Haus Rothschild gewährt einen Vorschuss von 30 Millionen zur Deckung der ersten Ausgaben, die zweite Commission anbelangt, so wird dieselbe erneut festgesetzt, mit 92 festgesetzt, mit 5 Prozent. In Silber verzinslich, ist vollkommen steuerfrei und werden die Coupons bei den emittirenden Bankhäusern eingelöst. Es soll innerhalb 15 Jahren durch Verlösung zum Part-Gurse rückzahlbar werden. Was die zweite Commission anbelangt, so wird dieselbe erneut festgesetzt, mit 92 festgesetzt, mit 5 Prozent.

Bon mehreren Seiten wird behauptet, Carl Russell habe sich in den letzten Tagen abermals über das Verfahren Preußens und Österreichs in der Herzogthümmerfrage in einer Note ausgeschrieben. Es ist schwer zu ermitteln, ob und wie viel Wahres an dieser Anzabe ist; ob die angebliche Note bloss für die betreffenden Gesandten oder zur Übereichung bestimmt, ja, ob sie überhaupt geschrieben worden sei. Auf diese Nachrichten hin zeigte sich an der Börse eine sehr günstige Stimmung.

Graf Bismarck durfte, wenn nicht Alles trügt, in Biarritz nicht die Herzogthümer, sondern sein Capua finden. Zwei bedeutsame Winke, schreibt die Berliner Montagszeitung, sind es, die am Schlusse der vergangenen Woche ein offizielles Licht über die weiterhin beabsichtigte auswärtige Politik des Grafen Bismarck zu werfen bestimmt sind; wir meinen die von der ministeriellen Provinzial-Corr. colportirten Gerüchte des so ausgezeichneten Empfanges des diesseitigen Premiers an dem kaiserlichen Hoflager zu Biarritz und der kaiserlichen Friedensliebe und Nicht-Günths-Intention, sowie ferner der offiziellen Inspiration in einzelnen auswärtigen Organen, daß General-Lieutenant v. Manteuffel ein Beweis ertheilt sei für die von ihm ausgesprochene Verwahrung die Nordmarken Schleswig betreffend. Die gezeigten Symptome deuten unzweifelhaft darauf hin, daß die Basis der diesseitigen Verhüngspolitik zu Biarritz eintheilweise Aufgaben dänisch-gesinnter Theile Schleswigs in's Auge fasse. In gut unterrichteten Kreisen sieht man indeß in der auswärtigen politischen Sachlage zwei sehr verschiedenartige Richtungen sich geltend machen, die persönlichen ministeriellen Absichten und Wünsche und erhalten zu haben, wo man nicht Geringeres anstrebt,

einen klar und deutlich ausgesprochenen Willen, die schleswig-holsteinischen Lande in voller Integrität zu erhalten. Da die letzteren Aeußerungen von so bedeutsamer Seite gefallen sind, so gewinnt das Gerücht immer mehr Wahrscheinlichkeit, daß sehr ernste Conflicte in den höchsten leitenden Richtungen sich an-

halten zu haben, wo man nicht Geringeres anstrebt, als die diplomatische Mitwirkung der Regierung in dieser. Daß selbst in den höchsten Regionen einflußreiche Personen, wie die Fürsten Radziwill, der Herzog von Ratibor u. A. dafür bemüht sind, ist bekannt; wie man hört, will man sich bei Gelegenheit der westphälischen Feste in den nächsten Tagen direct an die höchste Stelle wenden.

Nach einer Pariser Correspondenz der „Independent“ ist man in Paris jetzt mit dem König von Dänemark sehr unzufrieden, weil derselbe jüngst gewisse franzosenfeindliche Personen empfangen habe,

genugsam bekannt sei, um dort völlige Verhüngung über alle dagegen gerichteten Angaben hervorzurufen. Auch in Bezug auf Italien, ob in Folge großer Schwierigkeiten, die Herr Delbrück in Florenz gefunden, oder in Folge verschiedener mittelstaatlicher Regungen, namentlich in Folge des Besuches des sächsischen Kronprinzen in Itali, beginnt man in Berlin abzuwiegeln. Die Parole, daß eine Pression auf die Mittelstaaten in Betreff ihrer Anerkennung Italiens ausgeübt werden soll, ist, wie man dem „Fremdenblatt“ aus Berlin schreibt, zurückgezogen. Man geht sogar soweit, die rasche Ausführung der Septemberconvention von Seite Frankreichs als eine Art Prävenire darzustellen, das angeblich das Tuilerien-cabinet gespielt habe, um etwaigen österreichisch-preußischen Ablachungen bezüglich Italiens zuvorzukommen. Bedenks ist diese Erscheinung, die mit dem Triumphgeschrei der „Prov.-Corr.“ in einigem Widerspruch steht, erwähnenswerth.

Nach einer weiteren Angabe der Berliner „Mont.-B.“ wird der König von Sachsen von seinen Aristokraten gedrängt, dem Beispiel der beiden deutschen Großmächte zu folgen und eine noch „conservativer“ Politik einzuschlagen.

Die Italienische General-Correspondenz erklärt unterm 9. October von Florenz aus positiv dem Deutschen „Memorial diplomatique“ gegenüber, daß eine Circulaire note des Fürsten Cortschakoff existire, welche dieser anläßlich der Convention von Gastein an die russischen Agenten im Auslande gerichtet habe. Schon von Berlin aus war das Vorhandensein eines solchen Schriftstückes angedeutet worden, daß der genannte Correspondenz zufolge in der letzten Woche des September wirklich zur Versendung gelangt ist. Unter anderen Bemerkungen soll daselbe namentlich die Reserve hervorheben, welche sich das kais. russische Gouvernement dem Gegenstand der Convention gegenüber auferlegt habe, eine Reserve, die aber durchaus nicht als ein Aufgeben der Rechte zu betrachten sei, welche ihr selbst in dieser ersten Angelegenheit zuständen. Das Cabinet von Petersburg erklärte ferner, daß es sich in diesem Conventile nur an die europäischen Verträge halte, und daß es ihm allein zukomme, die Umstände zu bestimmten, welche eine Intervention Russlands erforderlich erscheinen lassen könnten.

Bon mehreren Seiten wird behauptet, Carl Russell habe sich in den letzten Tagen abermals über das Verfahren Preußens und Österreichs in der Herzogthümmerfrage in einer Note ausgeschrieben. Es ist schwer zu ermitteln, ob und wie viel Wahres an dieser Anzabe ist; ob die angebliche Note bloss für die betreffenden Gesandten oder zur Übereichung bestimmt, ja, ob sie überhaupt geschrieben worden sei. Auf diese Nachrichten hin zeigte sich an der Börse eine sehr günstige Stimmung.

An die Meldung eines italienischen Blattes, daß die preußische Gesandtschaft bei Gelegenheit der Verhaftung eines gewissen Georg Schulz aus Holstein in Florenz einschritt, um die Gründe der Verhaftung zu erfahren, knüpft das „Fremdenblatt“ allerlei Beobachtungen. Es erblickt darin eine Beeinträchtigung Desterreichs und wundert sich, wie Preußen es wagen kann, bereits als Besitzer von Holstein aufzutreten. Das Blatt echauffiert sich unnötigerweise. Abgesehen davon, daß Preußen noch immer Condominium in Holstein, vergißt daselbe, daß Desterreichs diplomatische Beziehungen zu Piemont unterbrochen sind und daß Preußen einstweilen die diplomatische Vertretung Desterreichs übernommen hat.

Die „Patrie“ constatirt, daß die römische Regierung für den Fall des Abzuges der französischen Truppen bereits jetzt schon Verbündungen betreibt. Französische Transportschiffe werden ausgerüstet. Die „Patrie“ ermahnt in einem eindringlichen Artikel Rom, auf die Kraft der Convention zu vertrauen und Italien zu versöhnen; Italien hingegen, die Begierde nach Rom aufzuzeigen und den Papst zu versöhnen.

In clericalen Kreisen Preußens macht sich nach Berichten aus Berlin eine lebhafte Agitation geltend, welche auf Erhaltung des status quo der weltlichen Macht des Papstes gerichtet ist. Man scheint von den Gesinnungsgenossen am Rhein dazu die Anregung erhalten zu haben, wo man nicht Geringeres anstrebt, als die diplomatische Mitwirkung der Regierung in dieser. Daß selbst in den höchsten Regionen einflußreiche Personen, wie die Fürsten Radziwill, der Herzog von Ratibor u. A. dafür bemüht sind, ist bekannt; wie man hört, will man sich bei Gelegenheit der westphälischen Feste in den nächsten Tagen direct an die höchste Stelle wenden.

Nach einer Pariser Correspondenz der „Independent“ ist man in Paris jetzt mit dem König von Dänemark sehr unzufrieden, weil derselbe jüngst gewisse franzosenfeindliche Personen empfangen habe,

Ein Pariser Correspondent der „Kölnischen Zeitg.“ ist; der Verbreiter der Letzteren mag allerdings so Regierung angeordneten Maßregel, laut welcher dieseren und kleinen Gewerbestandes vor dem ökonomischen Rück zu bewahren. So weiß z. B. der „Brünnner Creditverein für Gewerbetreibende“, der mit ganz unbedeutenden Mitteln ins Leben gerufen wurde, bereits einen Umsatz von einer halben Million Gulden aus, und die Segnungen seiner Wirksamkeit werden von den Beteiligten sehr lebhaft empfunden.

Mit Berichten aus Florenz ist es fraglich, ob das gegenwärtige Ministerium nach der Entlassung des Parlaments noch lange zusammenhalten wird. Ziemlich allgemein wird Riccioli als der künftige Premier bezeichnet. Auch Herr Ratazzi scheint der Ansicht zu sein, daß der liberale toscanische Baron der Mann der Situation sein wird und soll sich ihm deshalb in neuester Zeit genähert haben.

Die „Indep. belge“ veröffentlicht wieder einige Actenstücke, die auf die Anerkennung Italiens durch Spanien Bezug nehmen. Diese Actenstücke sind eine Note des spanischen Ministers Bermudez de Castro an den ehemaligen Vertreter des Königs Franz II. von Neapel in Madrid, worin er dem letzteren von der erfolgten Anerkennung Italiens Anzeige macht und ihm zugleich mittheilt, daß seine Functionen am spanischen Hofe jetzt als erloschen zu betrachten sind; dann folgt die Antwort des neapolitanischen Gesandten, welche ein energischer Protest gegen die Anerkennung Italiens durch Spanien ist und schließlich eine Note von Bermudez de Castro, die den Empfang der neapolitanischen Depesche bestätigt, ohne an ihren Inhalt weitere Bemerkungen zu knüpfen.

Wie man der „Indep.“ aus Paris schreibt, fand in Folge der im „Moniteur“ veröffentlichten Note über die Räumung Roms im Palast Farnese eine Belehrung statt über die Situation, in welche der König Franz II. durch die bevorstehende Räumung versetzt werden wird. Bisher hat man in diesen Kreisen gezweifelt, daß es dem Kaiser Napoleon mit seinen Räumungsversprechungen Ernst ist, nun kein Zweifel mehr möglich ist, wird der Hof des Königs Franz wahrscheinlich Rom verlassen und in Österreich oder Bayern seine Residenz nehmen.

Die wichtigsten Londoner Blätter: „Times“, „Morning-Post“ und „Daily-Mails“ bringen friedliche Artikel über die zwischen Russell und Adams gewechselte diplomatische Correspondenz bezüglich der Plündерungen der confederirten Korsaren.

Die offizielle Correspondenz zwischen Seward und Dayton ist veröffentlicht worden. Seward schrieb im Februar 1864, er werde den Kaiser Maximilian nicht anerkennen, so lange Franzosen und fremde Truppen das amerikanische Gebiet besetzen halten.

Krakau, 17. October.

Der „Gaz“ bringt aus Kolbuszowa, 14. d., daß weitere Verzeichniss der in russischer Gefangenschaft verbleibenden österreichischen Unterthanen, zu deren Befreiung entsprechende Schritte gethan worden: 437 Ludwig Bartkowski aus Dukla, in Polen gefangen und in die Strafcampagne in Kofstrom verurtheilt. 438, Gesamtzahl 565. Ladislaus Sitkowski aus Krakau, in Polen gefangen und zur Ansiedlung im Gouvernement Tomsk im Dorf Bolisoj Antubies verurtheilt. Nach einer Hochw. Ruzcka am 6. d. zugekommenen Depesche hat die Warschauer diplomatische Kanzlei am 26. v. M. das dortige k. k. Generaleonstat benachrichtigt, daß Wilhelm Mündner alias Nieckowski an Österreich ausgeliefert werden wird.

Von Hrn. Lukomir Zambasowicz, der wegen politischer Vergehen zu 8 Jahren schweren Arbeiten in den Silbergruben zu Narezynek verurtheilt, durch Bemühung des Hochw. Ruzcka auf die Reclamation der k. k. Regierung befreit wurde und am 12. d. nach Przemysl zurückgekehrt ist, bringt die „Gaz. nar.“ das folgende Verzeichniss der österreichischen Unterthanen, die noch in Gefangenschaft bleiben und über deren nähere Umstände der Einender auf Verlangen Mittheilung geben wird: Bolesław Czochowicz aus Brzezan, Franz Igural, gewesener k. k. Lieutenant vom Regimente Koszbach, Ladislaus Pade aus Krzeszowice, Anton Midowicz aus Bendzieszyn (Sandez Kres), Valerian Tański aus Krakau, Rudolf Rogozinski aus Jaroslau, Clemens Puza aus Smigrod (Tasloer Kres), Ferdinand Bałkowksi aus Sanok, Thadäus Wykida aus Czernowiz, Konstantin Glinicki aus Harki, Anton Miernicki aus Podolien; alle diese zu 8 Jahren schweren Arbeiten in Silberbergwerken verurtheilt. Schulz aus Rzeszow und Josef Bielikiewicz aus Krakau in Silberbergwerken, Ladislaus Swiszezowski aus Sadowa Wisznia, (zu 8 Jahren schweren Arbeiten), Josef Swirkiewski aus Krakau, Heinrich Howanicz aus Baranow, (schwere Arbeiten); Carl Pilch aus Wilcza, im Gul. Iktutsk am Balkalsee, Strafenarbeiten. Grotzki, Bruder des berühmten Malers, Stanislaus Winnicki aus der Gegend von Sadowa Wisznia, Ostrowski aus Lemberg, Draszkiewicz, gewesener k. k. Hauptmann, zu schweren Arbeiten im Dorf Sievwakowa verurtheilt. Endlich Graf Heinrich Stadnicki aus dem Rzeszower Kreis, zur Ansiedlung im Benesischen Gouvernement verurtheilt.

O. Wien, 15. October. In Folge der gestern hier verbreiteten Nachricht, daß das Aneichensgeschäft so gut als abgeschlossen ist, gestaltete sich die Abendbörse in sehr günstiger Weise. Einzelne heutige Merkblätter zweifeln hin und wieder an der Richtigkeit der Nachricht, weil deren officielle Bestätigung fehlt, andere bestreiten sie geradezu und meinen, daß Geschäft überhaupt sei des ungünstigen Zeitpunktes wegen vertagt worden. Ich habe guten Grund zu der Annahme, daß diese Version unrichtig

ist; der Verbreiter der Letzteren mag allerdings so Regierung angeordneten Maßregel, laut welcher dieseren und kleinen Gewerbestandes vor dem ökonomischen Rück zu bewahren. So weiß z. B. der „Brünnner Creditverein für Gewerbetreibende“, der mit ganz unbedeutenden Mitteln ins Leben gerufen wurde, bereits einen Umsatz von einer halben Million Gulden aus, und die Segnungen seiner Wirksamkeit werden von den Beteiligten sehr lebhaft empfunden. Der Verein hat seinen Wirkungskreis dadurch erweitert, daß er unter andern auch Vorschüsse auf leicht unterbringliche Waaren gibt. Die wesentlichste Erweiterung seines Wirkungskreises wird der Verein dadurch finden, daß er den Theilnehmern ermöglichen wird, sich an Unternehmungen zu beteiligen, zu denen bedeutenderes Capital erforderlich ist. Einen ähnlichen Aufschwung weisen auch die übrigen Vorschüsse Mähren auf.

Am 18. d. findet in Prag eine Generalversammlung der Actionäre des „Vaterland“ statt, in welcher mehrere künftige Haltung dieses Blattes betreffende Fragen erörtert werden sollen.

Die Eröffnung der Turnau-Kralup Eisenbahn, meldet ein Tel. des „Fremdenblatt“, ist ohne Störung vorgenommen worden. In Kralup war das Befidiner; von Toafen wurden ausgebracht: Waldstein auf Se. Majestät des Kaisers, Bansans an die Behörden; Ignazky dankt im Namen der Behörden und der Unternehmer, Mieger läßt (böhmisch) den Verwaltungsrath leben, Zedauer die Gäste. Sladkowsky (böhmisch) spricht für die Eisenbahnverbindungen.

Aus Pest, 15. October, wird gemeldet: In der heutigen sehr zahlreichen Theresienstädter Wählerversammlung entwickelte Gorove sein Programm, indem er den 1861er Adressen-Standpunkt festhielt und die zuverlässliche Hoffnung auf den Ausgleich, und Vertrauen zur Regierung aussprach; gleichwohl forderte er die unterlassene Wiederherstellung der Municipien. Er versprach die Vertretung der Interessen des Gewerbestandes. Die Fraktion, welche als Gegenkandidaten Julius Schwarz aufstellen wollte, drang nicht durch.

Bei der jetzigen Wahlbewegung kam es in Wien zu einem Zusammenstoß. Am 8. d. hielt dafür der Reichstagscandidat Alx. Dragfy seinen feierlichen Einzug. Dem aus 200 Reitern bestehenden Bataillon folgten ungefähr 150, mit Menschen vollgeprägte Wagen, dann kam eine ungeheure Menschenmenge mit Musik und unter erschütternden Eljenrufen. Die Gasse, durch welche der Zug kam, war mit grünen Zweigen, Fahnen und mit Kränzen an den Fenstern geschmückt. Als der Wagen, in welchem der Kandidat saß, vor der bischöflichen Wohnung vorbeigekommen war, nahmen ihm Frauen in großer Anzahl mit Kränzen. Dragfy konnte vor lauter Blumen, die in den Wagen geworfen wurden, kaum einen Blick auf die Straße thun. Als nun aber die Spize des Zuges gegen Klein-Waißen schritt, wurde er von einem Haufen, der den Baron Hermann Podmanitzky hoch lebte, mit einem Steinregen angegriffen, wodurch die unbewaffneten Reiter, sowie die lange Kutscherei da ihnen jede Einsicht streng verboten war, sich zurückziehen genöthigt waren, um den tödlichen Streichen, die ihnen drohten, zu entgehen. Indessen kam die zu Fuß gehende Volksmasse der Dragfy'schen Partei heran, und diese, die Notwendigkeit, sich zu verscheiden, erkennend, verjagte zweimal die Stürmer.

Einer der Gorileführer des Hrn. Baron Podmanitzky, der unter den Steinschleudern war, traf einen Mann so stark am Kopf, daß dieser ohne Bewußtsein zusammenstürzte. Die städtische Polizei entwickelte keine Thätigkeit. In Folge dessen hielt am 9. d. die Bürgerschaft eine Versammlung, um die Entfernung des Stadtrichters und Stadthauptmanns auf, welche durch eine Deputation dem Herrn Taverius überbracht werden soll.

Auch im Vorsoeder Comitat, in Mezőköböd kam es zwischen den Anhänger der einzelnen Kandidaten zu einer Prüfung, wobei, da es eben Markt war, die Breiter und Lassen der Markthütten als willkommene Waffen dienten. Dem „Pesti Naplo“ folge wurden dabei nicht weniger als 63 Menschen schwer verwundet und zwei derselben sind bereits gestorben.

Bie aus Agram gemeldet wird, ist der berüchtigte Räuberhauptling Joseph Udmanci nebst den Räubern Jóhann und Theodor Ujelac und Franz Sandrasin am 13. d. von den Sicherheitsorganen zu Stande gebracht und der Agramer Comitatgerichtstafel überliefert worden.

In Hermannstadt fand am 9. d. die Gründung der sächsischen Nationsuniversität statt. Schmidt eröffnete die Sitzung mit einer längeren Ansprache, in welcher der Redner nach einem kurzen Rückblick auf das durch das Februarpatent geschaffene Verfassungsschreiben, dessen Entwicklung an dem Wiener Kongreß gescheitert sei, die Situation aus einandersegte, in welche Siebenbürgen durch die neueste Aktion der Regierung gerathen sei. Comes Schmidt verbreitete sich ferner über die patriotische Haltung der sächsischen Nation, seit sie in Siebenbürgen sich aufzäffig gemacht und namentlich über die seit dem Jahre 1848 begolte, und spricht schließlich, ohne jedoch selbst irgend eine individuelle Meinung abzugeben, den Wunsch aus, daß auf dem bevorstehenden Clausenburger Landtag die Lösung der hochwichtigen Aufgabe gelingen möge, die zur Einigung aller Böller Österreichs führen sollte. Die Ansprache des Nationsgrafen an die Versammlung wurde von dem Gouvernialrat Rannicher, in Anwesenheit des dem Herkommen gemäß zum Sprecher berufenen ältesten Deputirten von Schäßburg, erwidert. Er erinnert an den von den Sachsen im Jahre 1613 zu Schäßburg geschlossenen Vertrag, nach welchem sie auf sächsische Mannestreu geschworen haben, zur Vertheidigung ihrer Nationalrechte immerfort einzustehen, betont

Das Institut der gewerblichen Vorschüsse, schreibt man der „Presse“ aus Brünn, hat seit dem Jahre 1863 in Mähren sehr bedeutende Fortschritte gemacht. Selbst die kleinsten Orte unseres Landes beeilen sich, solche Institute zu errichten, die allein geeignet sind, bei sachgemäßer Leitung und Handhabung die noch lebensfähigen Elemente des mittleren in Aachen in Folge einer von der königlichen

